

FRANZ GEORG FRIEMEL · STOTTERNHEIM

Eine ganz neue Erfahrung: Arbeitslosigkeit

Überlegungen aus den neuen Ländern

Wer sich zum Thema Arbeitslosigkeit zu Wort meldet, sollte zuerst seinen eigenen Standpunkt deklarieren. Dazu gehört – außer der Tatsache, daß ich als Priester in der ehemaligen DDR gelebt und gearbeitet habe und daß ich eine kleine Pfarrei im Umkreis von Erfurt leite – vor allen Dingen die Tatsache, daß ich in der Zeit der Wende, als die Unsicherheit der Arbeitsplätze manifest wurde, keinen Augenblick damit rechnen mußte, meine Arbeit zu verlieren. Die kleine katholische Diasporakirche erwies sich unter dem Aspekt der Sicherheit des Arbeitsplatzes als »krisenfest«; ich lebe zwar in der Nähe der Arbeitslosigkeit, aber ich *erlebe* sie nicht in der eigenen Existenz.

I. ARBEIT ALS SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT

Nach dem Zweiten Weltkrieg mußte in Deutschland, in den östlichen wie in den westlichen Besatzungszonen, wieder aufgebaut werden. Elan und Effektivität dieses Wiederaufbaus im freien Teil Deutschlands unterschieden sich außerordentlich vom Wiederaufbau in der Ostzone, der späteren DDR. Während in den westlichen Ländern die Reparationen bald eingestellt wurden und man – wo sie durchgeführt worden waren – in den Fabrikhallen bald mit viel moderneren Maschinen arbeiten konnte, wurde die ostdeutsche Industrie ungleich länger von der sowjetischen Besatzungsmacht zum Ausgleich von Kriegsschäden und Verlusten herangezogen. Die Ersetzung der Reichsmark durch die Deutsche Mark bescherte der bundesdeutschen Währung – nach anfänglicher Flaute – einen beispiellosen Erfolg und gab der Wirtschaft einen starken Impuls; die gleichzeitig eingeführte »Mark der Deutschen Notenbank«, kurz »Ostmark« genannt, blieb eine

FRANZ GEORG FRIEMEL, geboren 1930 in Waldenburg, ist emeritierter Professor für Pastoraltheologie am Philosophisch-Theologischen Studium Erfurt und Pfarrer in Stotternheim.

nicht konvertible Binnenwahrung der DDR, deren Außenhandel in »Verrechnungseinheiten« abgewickelt wurde.

Die unterschiedlichen ökonomischen Startbedingungen der beiden Teile Deutschlands sind niemals ausgeglichen worden. Obwohl es die DDR im Ostblock zu einem gewissen wirtschaftlichen Ansehen brachte, hatte sie keine Chance, die Bundesrepublik Deutschland in Wirtschaftskraft und Lebensstandard zu erreichen oder gar zu berholen, obwohl die DDR-Führung die Bevölkerung propagandistisch anfeuerte, Westdeutschland zu »berholen ohne einzuholen« – was immer das heißen mochte. Als im Herbst 1989 die Bürger der DDR erst für mehr Freiheit, dann für Einheit demonstrierten, verhandelte das Zentralkomitee der SED auf seiner 10. Tagung, vom 8.–10. November, über eine Analyse der ökonomischen Lage des Landes, den »Schurerbericht«, in dem festgestellt wurde, daß die DDR vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch steht.¹

Die trotz mancher Schwankungen im Grunde positive Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft von 1948 bis in die achtziger Jahre brachte es mit sich, daß Wachstum und Beschäftigung, Arbeitszeitverkürzung, steigende Löhne und Sozialleistungen in weiten Kreisen der Bevölkerung als selbstverständlich betrachtet wurden. Es war die normale Situation. Als aufgrund technischer und wirtschaftlicher Veränderungen in Europa diese Normalität nicht mehr gegeben war, als die bis dahin für normal gehaltenen Parallelität von industriellem Wachstum und Gewinn einerseits und Zunahme der Beschäftigung andererseits auseinander brach und – im Gegenteil – die Börsenkurse der Unternehmen stiegen, welche Arbeitskräfte aus Rationalisierungsgründen entließen und »jobless growth« als neuer Begriff in die Wirtschaft eingeführt wurde, nahm die da und dort gelegentlich geuserte Skepsis zu, ob man weiterhin den »Kräften des Marktes« trauen könne, ob »Wachstum« wirklich das ökonomische Zauberwort sei, an das man sich auch in Zukunft würde halten können. Es gab verwirrend unterschiedliche Meinungen, wie die heraufkommende Krise der Arbeitslosigkeit zu bewältigen sei. Für Arbeitszeitverkürzung redeten die einen, Arbeitszeitverlängerung schlugen die anderen vor. Man fragte, ob Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die bisher zur Überbrückung einer kurzen Flaute geeignet erschienen, eine Dauereinrichtung werden müßten. »Arbeit bezahlen, nicht Arbeitslosigkeit«, war oft zu hören. Die Sozialleistungen – die besten der Welt – auf die die Deutschen so stolz, die aber so schwer zu bezahlen waren, sollten vermindert werden; und immer wieder diskutierte man die Themen Steuerreform, Lohnnebenkosten, Globalisierung, immer wieder wurde die Forderung nach Wachstum erhoben. Dazu kamen die täglichen Schuldzuweisungen aus Partei und Gewerkschaftskreisen. Das Volk wurde zunehmend verwirrt und in eine neue Ängstlichkeit hineingetrieben, die man vorher nur in politisch-militärischen Krisensituationen erlebt hatte.

Für manche schien alles nur ein wirtschaftliches Problem zu sein. In Wahrheit handelte es sich um die existentiellen Probleme von Millionen von Menschen. Während die Experten aus den Kreisen der Gewerkschaften, der Unternehmer, der Regierung, der Opposition und der Wissenschaft ihre Vorschläge machten – zunächst noch im Rahmen der gewohnten ökonomischen Vorstellungen, freilich differenzierter, koordinierter und subtiler – wurde in kleinen Kreisen über den bisherigen Rahmen hinaus gedacht. Die Notwendigkeit einer Drosselung des Bedarfs kam zur Sprache, Konsumskese wurde angemahnt. Die Unsicherheit, die durch ein auf Geldvermehrung gegründetes Sicherheitsdenken entsteht, wurde in den Blick genommen. Selbstverständlichkeiten wurden neu betont, etwa der Vorrang des Wachstums im Menschlichen vor dem Wachstum der Bilanzen. Man diskutierte über eine Wirtschaft ohne Zinsen; Investivlohn sollte nun endlich in Angriff genommen werden, die Frage wurde erörtert, ob nicht in Zukunft die Arbeit produzierender Maschinen besteuert werden sollte anstatt produzierender Menschen.

Dahinter steht die Ahnung, daß das Wirtschaften der Menschen am Anfang des 21. Jahrhunderts offenbar eine grundsätzliche Änderung erfahren muß, eine Änderung, wie sie etwa in der »neolithischen Revolution« erfolgte, als in der Jungsteinzeit aus Jägern und Sammlern Bauern wurden, als man anfang Haustiere zu halten und zu einer bodengebundenen Wirtschaftsweise überging.

II. SORGEN IN DER GESELLSCHAFT

Wenn man Umfragen Glauben schenkt, wenn man die persönlichen Gespräche, in denen die augenblickliche Wirtschaftslage zur Sprache kommt, Revue passieren läßt, ergibt sich nicht nur Ratlosigkeit, sondern zunehmend auch die Erkenntnis, daß in unserem geschichtlichen Augenblick viele Menschen in Deutschland, besonders die jungen, Sorgen um die Zukunft haben, und das trotz der materiellen Sicherheit, in der die meisten leben. Die Sorge ist nun nicht mehr verursacht durch die Bedrohung durch einen Krieg, der alles zunichte machen könnte; es ist das Gefühl, daß das, was man erreicht hat, auf die Dauer nicht zu halten sein werde; alle Sicherheit sei scheinbar. An dieser Sorge ist nicht nur der Gedanke an den Verlust des Arbeitsplatzes beteiligt; eine ökologisch bedingte Angst kommt hinzu; auch die Nord-Süd-Problematik gibt untergründigen unguten Vermutungen Nahrung. Es wächst das Mißtrauen in die Politik und in die Politiker, sie könnten der Situation, in der wir auf die Grenzen des Wachstums stoßen, nicht gewachsen sein. Wahlkampfreden dienen nicht dem Abbau düsterer Zukunftsaahnungen, sondern verstärken sie.

Vielleicht sehe ich zu schwarz. Immerhin haben die Westdeutschen in den letzten fünfzig Jahren auch mit Krisen – Kubakrise, Berlinkrise, Ölkrise – gelebt. Sie wissen, daß die Wirtschaft Auf- und Abschwünge kennt, daß der Arbeitsmarkt auch von Angebot und Nachfrage abhängt, daß es Arbeitslosigkeit gibt, selbst wenn man noch nicht davon betroffen war, daß man flexibel sein muß und daß es einem selbst oder einem guten Bekannten schon einige Male gelang, wieder Arbeit zu bekommen. Vielleicht haben sie auch die Erfahrung gemacht, daß eine kurze Zeit ohne Erwerbsarbeit, in der man Zeit für sich selbst oder für das eigene Haus hat, nicht unbedingt eine Katastrophe sein muß.

III. DIE BESONDERE SITUATION IN DEN NEUEN LÄNDERN

Lassen Sie uns nun einen Blick in die neuen Bundesländer werfen, in denen sich im Verhältnis zur Zeit vor der Wende vieles verändert hat. Die heutigen Achtjährigen haben z. B. niemals in der DDR gelebt; auch die älteren Kinder wissen nichts mehr von Honecker und seiner Partei. Man muß schon etwa 18 Jahre alt sein, um sich an Fahnenappelle und Junge Pioniere einigermaßen lebendig zu erinnern. Die früher so ersehnten Reisemöglichkeiten sind selbstverständlich, die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs ist auf einem hohen Standard gewährleistet. Wer sich ein Auto kaufen will, muß nicht fünfzehn Jahre warten. In vielen Bereichen hat man sich schnell auf die neue Freiheit und die ökonomischen Möglichkeiten umgestellt, selbst von den »blühenden Landschaften« ist aufgrund der sanierten Innenstädte, des Ausbaus der Verkehrswege und der Renaturierung von Ödnisgebieten, etwa in den Braunkohle-Tagebauen, etwas zu spüren.

1. Arbeit als Grundwert

Dennoch ist das Lebensgefühl der Älteren, die der marxistischen Lehre länger ausgesetzt waren, in manchen Bereichen noch von der DDR-Ideologie geprägt. Sie wurde sozusagen mit der Luft eingeatmet. Diese Prägung ist besonders bei dem Thema »Arbeit« tiefgehend. In vielen Schulungen, im sogenannten Partei- oder FDJ-Lehrjahr, im Fach Staatsbürgerkunde innerhalb der Schule, in gesellschaftswissenschaftlichen Seminaren an Universitäten wurde der Mensch als Arbeitender gezeichnet. Das geschah nicht zuerst durch die Alltagspraxis, in der die Mehrzahl der Bevölkerung »Werk­tätige« waren, deren »Schöpfungertum« immer wieder angesprochen wurde. Es handelte sich um eine anthropologische Grundaussage. Dazu gehörte nicht nur, daß Arbeit eine Grundbedingung des menschlichen Lebens und Überlebens

ist, nicht nur, daß Arbeit jenes Merkmal ist, das den Menschen vom Tier unterscheidet; die entscheidende Aussage lautet, daß die Arbeit den Menschen erst zum Menschen macht. Die Arbeit macht aus Affen Menschen.²

Während in der kapitalistischen und antagonistischen Klassengesellschaft der Arbeitende sich nicht verwirklichen kann, weil ihn wirtschaftliche Nöte oder auch Zwänge, die außerhalb des ökonomischen Bereichs liegen, dazu nötigen und weil er nicht der Eigentümer der Produktionsmittel ist, entsteht in den sozialistischen Ländern, in Gesellschaften, in denen das Privateigentum von Produktionsmitteln abgeschafft ist, ein neues Verhältnis zur Arbeit. Der Arbeitende ist kollektiver Eigentümer und Produzent. Er betreibt seine eigenste Sache. Arbeit wird zu seinem innersten Bedürfnis, sie gereicht zur Ehre. Die Arbeit ist das Fest.³ Recht auf Arbeit ist deshalb ein Grundrecht, damit der Mensch im wahren Sinne Mensch sein kann.

Diese hehre sozialistische Auskunft über den Menschen stand zwar immer im Gegensatz zu der Arbeitswirklichkeit des DDR-Alltages, in der jeder zusehen mußte, wie er zu den nötigen Produkten dieses Arbeitsprozesses kam und in dem das Leben in der privaten Nische eine große Bedeutung hatte, bis hin zu dem bösen Slogan: »Privat geht vor Katastrophe!« Die Grundbegriffe eines Menschenbildes, in dem Arbeit ein anthropologischer Basisbegriff ist, wurden solange eingehämmert, daß manches davon verinnerlicht ist, nicht durch die kommunistische Theorie, die von der Durchschnittsbevölkerung der DDR auch in vierzig Jahren kaum verstanden worden ist; aber in einer Art »Leute-Ideologie« übernahmen viele die Auffassung, daß der Mensch lebe, um zu arbeiten, daß nur Arbeit das Leben sinnvoll mache. Dazu kam die tägliche Berichterstattung über den »krisengeschüttelten Kapitalismus« und der immer erneute Hinweis, daß es Arbeitslosigkeit im Sozialismus nicht geben könne, weil sie ihm wesensfremd sei. Die Erfahrung, daß beständig Arbeitskräfte gesucht wurden – offiziell durften die Betriebe nur aus der »nicht arbeitenden Bevölkerung« neue Stellen besetzen – ließ die Vermutung aufkommen, daß an solchen Behauptungen vielleicht etwas wahr sei. Daß aus Gründen von Materialmangel nicht produziert werden konnte, fiel demgegenüber nicht ins Gewicht, weil dadurch ein Verlust des Arbeitsplatzes kaum zu befürchten war. Mit dieser zum Teil ins Unterbewußtsein abgesunkenen Auffassung von der Arbeit als dem scheidenden Existential des Menschen erlebte die in der Erwerbsarbeit stehende Bevölkerung – dazu gehörten auch 90 % der Frauen im arbeitsfähigen Alter – die Wende, die euphorisch durchlebt wurde, und die ökonomischen Folgen der Wende. Es liegt nicht in meiner Zuständigkeit, diese im einzelnen zu beschreiben und zu bewerten. Als der entscheidende Grund des Zusammenbruchs der DDR-Wirtschaft nach der Wende wird allgemein die Tatsache angesehen, daß die sozialistischen »Bruderstaaten«, für welche die DDR-Wirtschaft bisher produziert hatte, nach

Einführung der Deutschen Mark die dringend benötigten Güter und notwendigen Ersatzteile nicht mehr bezahlen konnten und daß andererseits auf dem westlichen Markt für diese Erzeugnisse keine Chancen bestanden. Es gibt weitere Ursachen, die in der Nationalökonomie erörtert werden mögen. Die heiß ersehnte DM war gleichzeitig der Auslöser steigender Zahlen von Arbeitslosen. Arbeitslosigkeit war aber ungewohnt. So etwas hatte es noch nie gegeben. Niemand war darauf innerlich vorbereitet. Arbeitslosigkeit untergrub das Selbstwertgefühl. Das dumpfe, intellektuell nicht durchschaute Gefühl, benachteiligt zu sein, als »Ossi« ein Mensch zweiter Klasse zu sein, wieder hinten angesetzt, wie man es früher in den sozialistischen Hotels des Ostblocks erlebt hatte, wenn auch westdeutsche Gäste da waren, erhielt neue Nahrung.

2. Beunruhigender als in den alten Ländern

Das Verhältnis der erwachsenen Männer und Frauen zur ganz neu erlebten Arbeitslosigkeit und die innere Befindlichkeit derer, die ihre Arbeit verloren haben, ist daher qualitativ anders als bei Arbeitenden und Arbeitslosen in den westlichen Bundesländern. Dazu kommt die hohe Zahl der Arbeitslosen, die geringere Aussicht, bald wieder eine Chance zu haben, die bei der Mehrzahl fehlenden Ersparnisse, die über Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe hinaus eine private Vorsorge hätten schaffen können. Es ist auch daran zu erinnern, daß Wohneigentum in der ehemaligen DDR im Verhältnis zum westlichen Deutschland gering ist. Wer in einem Haus wohnt, das ihm gehört, ist meist nicht »arbeitslos«, auch wenn ihm sein Arbeitsplatz gestrichen worden ist. Damit ist angedeutet, daß Arbeitslosigkeit nicht in jedem Fall die Katastrophe des Lebens ist. Ein Arbeitsloser, der am Rand einer Großstadt, in einem durch Infrastruktur wenig erschlossenem Hochhausviertel in eintönigen Plattenbauten lebt, hat den Eindruck, daß ihm die Decke auf den Kopf fällt. Er gerät – wenn seine Lebensphilosophie, vor allem »Arbeit und nichts als Arbeit« heißt – in Depressionen, und das ist bei der Mehrzahl der Bevölkerung der Fall.

Die statistischen Angaben, die am Anfang eines jeden Monats aus der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg kommen, lassen erkennen, daß Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern jeweils doppelt so hoch ist wie in den alten. Um sich eine Vorstellung von der Situation in den neuen Ländern zu machen, ist es auch nötig zu realisieren, daß es innerhalb der östlichen Länder, auch innerhalb eines Landes, erhebliche Unterschiede gibt. Im März 1998 betrug die Arbeitslosenquote in Nordthüringen, im Kyffhäuserkreis, 30,6 %; im Kreis Sonneberg, von dem die Pendler nach Bayern zur Arbeit fahren können, hingegen nur 17,3 %.

In diesem Zusammenhang kann nur angedeutet werden, daß 70 % der Bevölkerung – bei den Zwanzig- bis Vierzigjährigen sind es mehr – keinen metaphysischen Hintergrund haben. In ihrer von Religion sozusagen chemisch reinen Lebenswelt, mit einem begrenzten Lebensaspekt, bedeutet der Verlust des Arbeitsplatzes – ebenso wie Krankheit mit infauster Prognose, Invalidität, Scheitern in der Ehe und andere kritische Lebensereignisse – in stärkerem Maße eine Gefährdung der Hoffnung als bei Menschen, die einen aus dem Glauben kommenden unbegrenzten Lebensaspekt besitzen.

Unter diesen Umständen bekommt Arbeitslosigkeit ein Gewicht, das sie in westlichen Ländern so nicht hat. Arbeitslosigkeit ist für den Staat wie für den einzelnen Bürger oder die einzelne Bürgerin – auch für diejenigen, die (noch) nicht von Arbeitslosigkeit betroffen sind – eine außerordentliche Herausforderung. Sie hat in den östlichen Bundesländern eine spezifische, mit dem Standort – ideologisch wie ökonomisch – zusammenhängende Qualität. Es ist der kirchlichen Stellungnahme zur wirtschaftlichen und sozialen Lage zu danken, daß sie dafür einen geschärften Blick hatte.⁴

IV. DIE KIRCHE IN EINER VON ARBEITSLOSIGKEIT BESTIMMTEN GESELLSCHAFT

Die pastorale Arbeit der Kirche und der Gemeinde ist überall und in jeder Zeit nicht nur bestimmt vom Evangelium. Sie wird immer auch mitbestimmt von den gesellschaftlichen Verhältnissen, vom geschichtlichen Augenblick, von den sozialen Zuständen am Standort der Gemeinde, kurz von all dem, was die Menschen beschäftigt und was in der Zeitung steht. Die Kirche bzw. die Kirchen haben zur Problematik der Arbeitslosigkeit immer wieder Stellung genommen, zuletzt in dem schon erwähnten Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage. Gesamtkirchlich – hier ist besonders das soziale Engagement Johannes Pauls II. zu erwähnen – oder für den Bereich der Kirche in Deutschland gibt es eine Reihe hilfreicher Stellungnahmen.⁵ Diese Texte werden in den großen überregionalen Tageszeitungen, in Fachzeitschriften und in den Kirchlichen Akademien diskutiert, kritisiert oder für gut und richtig befunden – »totgelobt« habe man das Gemeinsame Wort der katholischen und evangelischen Kirche. In die Diskussion einer normalen Gemeinde gelangen solche Stellungnahmen bis zu einem Kreis von Akademikern oder in die Zusammenkünfte von speziell Interessierten, wie es Mitglieder des Kolpingwerkes oder der KAB sind. Die Gemeindepastoral wird von diesen Überlegungen vor allem indirekt bestimmt; wenn es gut geht, durch langsame Bewußtseins- und Einstellungsänderungen, durch Zunahme an Sensibilität, durch Schärfung der so-

zialen Wahrnehmung, durch die Bemühung, eine realistische und aktuelle Vorstellung von der Lage am Arbeitsmarkt der eigenen Stadt oder Region, vor allem der eigenen Gemeinde zu bekommen. Da und dort sind »Runde Tische sozialer Verantwortung« entstanden, an denen die Gemeinde versucht, Kommunalpolitiker, Vertreter der Sozialämter, des Arbeitsamtes, Verantwortliche der Gewerkschaften und Unternehmerverbände und Arbeitslose zu einem Gespräch einzuladen, in dem dann nicht Arbeitsplatzprobleme schlechthin erörtert werden, sondern die mit Verlust der Erwerbslosigkeit in dieser Stadt und in diesem Monat verbundenen Schwierigkeiten. Aber das ist schon selten. Der Entschluß, sich auf die aufgrund von Arbeitslosigkeit entstandene soziale Not aktiv einzulassen, könnte zunehmen durch die mutmachende und erfahrungsgesättigte Schilderung, die zwei Seelsorger aus dem südwestdeutschen Raum über ihre Erfahrung mit Arbeitslosigkeit und ihre Arbeit mit Arbeitslosen in Böblingen gemacht haben.⁶ Es handelt sich bei den Autoren nicht um Gemeindepfarrer, sondern um Personen der außerordentlichen Seelsorge und der Diakonie mit einer besonderen Nähe zum Problem der Arbeitslosigkeit.

V. AUFGABEN DER GEMEINDEN

Wenn wir einen Blick auf die herkömmliche territorial verfaßte Pfarrgemeinde werfen und nach den Aufgaben, die mit der Arbeitslosigkeit am Ort zusammenhängen, fragen, ist zuerst an die immer wieder als hilfreich erfahrene Pastoralregel »sehen, urteilen, handeln« zu erinnern.

1. Sehen

In der Erfüllung der ersten Aufgabe – sehen – ist zweifellos im Verhältnis zu früheren Jahrzehnten eine Verbesserung eingetreten. Pfarrer und ihre Mitarbeiter haben ihre soziale Wahrnehmung vergrößert, auf jeden Fall ist sie größer als damals, als Joseph Cardijn den Dreischritt pastoraler Aufgaben in der Arbeitswelt formulierte. Die Beobachtung der sozialen Situation ist in der Gegenwart anhaltender und das Interesse für sie stärker geworden. Es ist aber vermischt mit der Sorge, man würde von den Problemen und von der Arbeitswelt überhaupt zu wenig verstehen. Es ist aber fast überall die Bemühung zu erkennen, in solche Bereiche einzudringen. Die Grundlagen und Voraussetzungen für einen Überblick über soziale Probleme müssen freilich erweitert werden. Ein Gemeindepfarrer kann in der Regel mit dem Geld seiner Gemeinde, mit Haushaltsplan und Jahresrechnung, mit Kollekten und Spenden sicher umgehen, im Umgang mit Mitar-

beitern – es handelt sich bei der Tätigkeit von Hauptamtlichen um Arbeitsverhältnisse – erscheint mir die Sicherheit nicht mehr so groß. Der Pfarrer – zusammen mit dem Kirchenvorstand – ist Arbeitgeber. Die Kirche, die die Welt über Arbeit, Arbeitslosigkeit, Probleme am Arbeitsplatz, gerechten Lohn, über familiengerechte Arbeitsverhältnisse belehrt, muß als Arbeitgeber vorbildlich sein.⁷

2. Urteilen

Zum Aufgabenbereich »urteilen« – als Voraussetzung für ein tieferes Verständnis sozialer Probleme – gehört im Zusammenhang unserer Überlegungen auch ein Grundwissen wirtschaftlicher Art. Für katholische Priester und vermutlich auch für Laien, die ihre Ausbildung in der DDR erhalten haben, besteht ein Mangel an ökonomischem Basiswissen. Selbst wer in der DDR Ökonomie – es handelte sich zumeist um Politökonomie – studiert hatte, mußte nach der Wende viel an Wirtschaftswissen nachholen.⁸ Die in der DDR ausgebildeten Priester kennen zwar die katholische Soziallehre, sie sind aber ohne das wirtschaftswissenschaftliche Grundwissen geblieben, das heute in einer 10. Klasse vermittelt wird.

3. Handeln

Die dritte Aufgabe ist das Handeln. Niemand wird erwarten, daß in den Gemeinden die Probleme der Arbeitslosigkeit gelöst werden, vor denen Gewerkschaftler und Unternehmer, Volkswirte und Philosophen mit einer gewissen Ratlosigkeit stehen.⁹ Die Verkündigung der Kirche kann aber – nicht in der Welt, aber im Binnenraum der Gemeinde – beständig an einem Menschenbild arbeiten, das auf der christlichen Anthropologie beruht, den Menschen als gottebenbildliches Geschöpf sieht und als Bruder und Schwester des Menschensohnes, solidarisch in der Sünde und in der Gnade. Wie andere Lebenslasten der Menschen muß Arbeitslosigkeit immer wieder in Predigt, Katechese und Erwachsenenbildung thematisiert werden. Die Arbeitslosen und ihre besondere Lage gehören auch in die Fürbitten. Es wäre aber falsch, Arbeitslosigkeit zu einer Art Dauerthema zu machen. Wichtiger auch als Anklage oder Protest ist die alle verkündigenden Äußerungen durchziehende Anleitung zur Hoffnung als theologischer Tugend, die in immer neuen Ansätzen geschehende Erinnerung an das Ostergeschehen, aufgrund dessen die Lebensperspektive des Glaubenden unendlich ausgeweitet ist. In einem aus dem Glauben bestimmten Sinn darf der Arbeitslose ebenso wie der Trauernde, ja wie Pater Kolbe im Hunger-

bunker von Auschwitz, sagen: Es wird mit mir – in einem letzten Sinn – gut ausgehen.

VI. »MIT« ARBEITLOSEN MENSCHEN, NICHT »FÜR« ARBEITLOSE

Damit ein solcher Appell nicht zynisch erscheint, wird sich die Gemeinde mit ihren Seelsorgern darum bemühen, überall, wo es möglich ist, Lebenschancen miteinander zu teilen. Diese Aufgabe bedeutet gleichzeitig, daß pastorale Sorge um Arbeitslose nicht zu einer Sonderseelsorge der Pfarrei wird, zu einer hauptsächlich caritativ verstandenen Nische, in der etwas geschieht, von dem die anderen Gemeindemitglieder keine Ahnung haben. Kirchliche Sorge um Arbeitslose in Gemeinden geschieht nicht zuerst für sie, sondern mit ihnen. Sie gehören in einem aktiven Sinn dazu. Sie sind nicht Objekte der Betreuung.

1. Oasen der Lebenszuversicht

Beide Aufgaben, das durch die Auferstehung Jesu geschenkte neue Leben im Alltag bewußt und wirkend werden zu lassen und die solidarische Einbeziehung der Menschen, auf deren Leben ein Schatten gefallen ist, werden zuerst die Glieder der Gemeinde erreichen, die in lebendigem Kontakt zu ihr stehen. Daß der Inhalt der Verkündigung, eine das Leben prägende Haltung der christlichen Hoffnung, die der Verzweiflung keinen Raum lassen will und Herzenshärte überwindet, den Raum der Gemeinde überschreitet und in den Raum der nicht christlichen Öffentlichkeit vordringt – vorausgesetzt, es gelingt überhaupt, in der Gemeinde ein resignationsfeindliches Milieu zu erzeugen – ist in den östlichen Bundesländern eher unwahrscheinlich. Aber christliche Gemeinden als Oasen der Lebenszuversicht in einem Land, in dem von vielen Einzelnen Zukunftsangst ausströmt, die wiederum von extremistischen Parteien gebündelt und politisch instrumentalisiert wird, sind nicht ohne Einfluß. Die Erfahrungen des Herbstes 1989 sind noch lebendig.

2. Realistische Betrachtung

Wo Arbeitslosigkeit als solche in der Gemeinde zum Thema wird, muß sie sich von der üblichen Rede der Politiker unterscheiden. Das Gespräch über Arbeitslosigkeit muß realistisch bleiben, es darf die europäische Situation

auf dem Arbeitsmarkt nicht ausklammern. Die sozialistische Vergangenheit, der Staat, dessen Wirtschaft am Ende war, ist im Auge zu behalten. Leichtfertige Schuldzuweisungen sind zu vermeiden. Arbeitslosigkeit hat in den seltensten Fällen mit dem eigenen Versagen zu tun, sie hat aber manchmal zur Folge, daß, wer die Arbeit verlor, sein Selbstwertgefühl verliert, sich zurückzieht und sich mit Selbstvorwürfen beschäftigt. Diese Versuchung muß benannt und als eine solche dargestellt werden.

3. Von dem lernen, was andernorts gelingt

Bei Schneider und Wild finden wir eine beträchtliche Anzahl von Möglichkeiten und Anregungen für eine Seelsorge im Umkreis der Arbeitslosigkeit. Sie haben in diesem Bereich viele gute Erfahrungen gemacht und beschreiben sie: Seminare zur Sensibilisierung und Schulung von Mitarbeitern, eine Werkwoche für Arbeitslose, Öffentlichkeitsarbeit, Kontakte zur Arbeitswelt, die Bedeutung kirchlicher Mitarbeiter in ihrer Funktion als Fürsprecher, die Stelle der Arbeitslosigkeit in der Liturgie.¹² Die Pfarrgemeinden werden sich damit auseinandersetzen und in den Gemeinderäten überlegen, was in ihrer Situation nötig und möglich ist. Ich vermute aber, daß langfristige und professionelle Aktionen in den an Mitarbeitern armen Gemeinden in der Diaspora der neuen Länder selten möglich sind.

4. Solidarität

Kirche und Gemeinde nehmen an der Not der Arbeitslosen und der Sorge um Arbeitsplätze nicht nur teil, weil auch die zu ihr gehörenden Christenmenschen ihren Arbeitsplatz verlieren, nicht nur weil Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung die Gesellschaft auf eine Krise zusteuern lassen, sie sind schon deswegen in das Phänomen hineingezogen, weil die Kirche »sich mit der Menschheit und ihrer Geschichte wirklich engstens verbunden fühlt«: Die Bedrängnisse der Menschen von heute sind auch die Bedrängnisse der Jünger und Jüngerinnen Jesu.¹¹

5. Über die aktuelle Situation hinaus blicken

Die Betroffenheit und das Mitdenken mit allen, die an der Überwindung der Arbeitslosigkeit arbeiten, sollten aber nicht zu einer Begrenzung des Blickes und der Aufgaben führen, so als gäbe es nur die Wiederherstellung einer Arbeitsplatzsituation, wie sie in den frühen siebziger Jahren im We-

sten oder angesichts der beständigen Arbeitskräfteknappheit in der DDR der Fall war. Während Politiker und Gewerkschaften auf die Verwirklichung der Forderung nach genügend Arbeitsplätzen fixiert sind (und wohl auch sein müssen), können Überlegungen im entspannteren Feld der Kirche zu einer menschenwürdigen Lösung der Arbeitsmarktprobleme anders und offener ansetzen. Sie könnten z. B. von der Vorstellung ausgehen, daß eine Rückkehr zu den alten Bedingungen nicht möglich ist. Die Entwicklung der letzten beiden Jahrhunderte, in denen die Zahl der Arbeitsplätze zuerst im landwirtschaftlichen Sektor, später im Bereich der industriellen Produktion – bei gleichbleibender oder verbesserter Versorgung der Bevölkerung – rapide abnahm, könnte sich auch im tertiären Sektor der Dienstleistungen fortsetzen. Erwerbsarbeit wäre dann so reduziert, daß es nicht mehr Arbeit für alle gibt. In einem solchen Falle wäre das Problem der Sicherung des unmittelbaren Daseins neu zu durchdenken, ein neuer Lebensstil wäre vorzubereiten, in dem Fortschritt sich nicht in Lohnerhöhungen und in beständiger Zunahme an Komfort ausdrückt. Es wäre zu fragen, wie Menschen zufrieden leben können, ohne den Zauber des Wachstums, ohne sich – wie Mönche und Nonnen – für ein einfaches Leben entschieden zu haben. Es wäre weiter nachzudenken über das Problem der vielen freien Zeit für viele Menschen, die nicht als Last, sondern als Chance begriffen werden sollte. Es ist eine zu geringe Motivation lesen zu lernen, damit man etwas zu tun hat, wenn der TV-Apparat streikt.

Die Diskussion unter Christen, in die hoffentlich viele sogenannte »Menschen guten Willens« hineingezogen werden, wird die Probleme möglicher Zukünfte, die durch einen Umschwung auf dem Arbeitsmarkt bestimmt sind, nicht lösen, aber sie kann sie ins Gespräch bringen – nicht nur in die Diskussionsforen katholischer oder evangelischer Akademien, sondern bis hin in die kleinste Gemeinde. Und diese Diskussion würde – wenn es mit rechten Dingen zugeht – in einer transzendenzfreundlichen Atmosphäre geschehen, sozusagen unter dem offenen Himmel.

36 Jahre hindurch hatte ich als Pfarrer in Predigt und Katechese, später als Lehrender in der Praktischen Theologie nicht nur in die Bibel oder in die Werke der großen Theologen zu schauen. Zu den Aufgaben eines Priesters in der DDR gehörte auch die Beschäftigung mit der Lehre des Marxismus, die auf vielerlei Weise die Gläubigen erreichte und sie zu bestimmen suchte. Im Zusammenhang dieser kurzen Überlegung zu einer möglichen Zukunft, die nicht durch einen ausgeglichenen Rhythmus von Arbeit und Freizeit bestimmt ist, sondern durch den Eindruck schrecklich leerer, langsam dahin fließender Zeit, könnte die Vorstellung vom nicht mehr entfremdeten, allseitig gebildeten Menschen der vollendeten kommunistischen Gesellschaft einen Denkanstoß bedeuten. Marx und Engels verglichen die Menschen der bürgerlichen Gesellschaft, in der »jeder einen

bestimmten ausschließlichen Kreis der Tätigkeit, der ihm aufgedrängt wird, aus dem er nicht heraus kann« mit dem Menschen in der kommunistischen Gesellschaft, in der »jeder sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann«: Die Gesellschaft, die »die allgemeine Produktion regelt«, ermöglicht es dem Menschen »heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu betreiben, nach dem Essen zu kritisieren« – wie er gerade Lust hat –, »ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden«. ¹² In der Vorstellung der Marxismus-Begründer bildet sich der neue Mensch dadurch, daß die Produktivkräfte nicht mehr Privateigentum sind, sondern gesellschaftlich angeeignet werden: Hinter dem Phänomen des allseitigen Menschen steht nicht eine Bildungsbemühung, sie ist vielmehr die Folge einer neuen Beziehung zur Güterproduktion: »Die Aneignung einer Totalität von Produktionsinstrumenten ist ... die Entwicklung einer Totalität von Fähigkeiten in den Individuen selbst.« ¹³

Die Schilderung des glücklichen kommunistischen Menschen kommt uns einigermaßen naiv vor. Nicht jeder wird ein solches Leben erstrebenswert finden. Ganz unverständlich erscheint uns der Zustand der kulturellen Allseitigkeit als einfache Folge eines neuen Verhältnisses zu den Produktivkräften. In dieser Zukunftsschau wird aber ein Problem mit angedeutet, das bei den Vordenkern des Kommunismus überhaupt nicht als Problem erscheint, das aber heute nicht nur für die meisten Arbeitslosen, sondern auch für viele Rentner und Vorruheständler eine außerordentliche psychische Belastung bedeuten kann; sie besteht aus der Frage, was fange ich mit der vielen freien Zeit an. Ein Nachdenken in den christlichen Gemeinden, das ohne den Druck, schnelle Lösungen vorweisen zu müssen, ein Nachdenken, das nicht nur eine Antizipation möglicher zukünftiger Situationen bedeutet, sondern auch der Anfang eines Umdenkens ist, könnte helfen, daß aus der Angstvorstellung von Leere und Langeweile die Hoffnung entsteht, auch ohne die tägliche Arbeit erfüllt leben zu können.

ANMERKUNGEN

1 Vgl. H.-H. Hertle, *Der Fall der Mauer*. Opladen 1996, S. 143–149.

2 Vgl. F. Engels, *Dialektik der Natur*. MEW 20, S. 144.

3 Arbeit »über das Notwendige hinaus« wird »allgemeines Bedürfnis« (K. Marx, *Kritik des Gothaer Programms*. MEW 19, S. 231); sie wird »aus einer Last eine Lust« (F. Engels, *Anti-Dühring*. MEW 20, S. 274); »Arbeit und Genuß« werden in der neuen Gesellschaft verbunden sein (K. Marx/F. Engels, *Die deutsche Ideologie*. MEW 3, S. 199); Lenin wird durch Arbeit geehrt: B. Brecht, *Die Teppichweber von Kujan-Bulak ehren Lenin* (B. Brecht, *Gedichte*. Berlin/Weimar 1973, S. 61 ff.).

4 Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. Hannover und Bonn 1997, Nr. 2.1.2.

5 Johannes Paul II., Die Enzykliken *Laborem Exercens* 1981, *Sollicitudo Rei Socialis* 1987 und *Centesimus Annus* 1991; Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Pastorale Anregungen zum Problem der Arbeitslosigkeit 1992; das schon erwähnte gemeinsame Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage; von der Evangelischen Kirche in Deutschland erschien die Studie der Kammer der EKD für soziale Ordnung, Solidargemeinschaft von Arbeitenden und Arbeitslosen – Sozialethische Probleme der Arbeitslosigkeit. Gütersloh 1982, sowie die Denkschrift »Gemeinwohl und Eigennutz«. Wirtschaftliches Handeln in Verantwortung für die Zukunft. Gütersloh 1991.

6 P. Schneider/A. Wilk, Das Kreuz der Arbeitslosigkeit. Kirchliches Engagement für Arbeitslose – Erfahrungen und Anstöße. Freiburg 1998.

7 Vgl. Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, a. a. O., S. 96f.; mit einem gewissen »arbeitsmarktpolitischen Stolz« können die Pfarreien und kirchlichen Einrichtungen in den neuen Ländern auf eine Erfahrung aus der sozialistischen Zeit zurückblicken: Immer wieder gab es Bewerbungen aus dem staatlichen in den kirchlichen Dienst, obwohl das Gehalt hier erheblich geringer war. Man zog das Arbeitsklima in einer kirchlichen Einrichtung vor (und entging damit gleichzeitig der politischen Indoktrinierung).

8 Es hat mich in der Wendezeit erstaunt, daß eine DDR-Ökonomin, die ich um Auskunft darüber bat, wie man sich theoretisch die Möglichkeiten vorzustellen habe, daß aus der Ostmark eine konvertible Währung entstehen könnte, die Schultern zuckte und kapitulierte – nicht vor dem konkreten Problem der Währungsumstellung, die kompliziert genug war, sondern vor dem Gedankenspiel.

9 Hans Jonas, der 1987 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhielt, hat in seiner Rede in der Paulskirche die Ansicht vertreten, daß Änderungen in unseren Konsumgewohnheiten, im Lebensstil und im gesamten Wirtschaftsgefüge, das auf einem sich steigernden Konsum beruht, nötig sind. Er wußte, daß damit Massenarbeitslosigkeit verbunden sein würde, und er räumte ein, daß er nicht wisse, wie das geschehen könne, ohne Unheil – wie Massenarbeitslosigkeit – anzurichten; vgl. H. Beck, Handlungschance Arbeitslosigkeit. Aktuelle Herausforderungen der Industriegesellschaft. In: *MUT. Forum für Kultur, Politik und Geschichte*. Dezember 1993, S. 27.

10 P. Schneider/A. Wild, a. a. O., S. 79–181.

11 Vgl. GS 1.

12 K. Marx/ F. Engels, Die deutsche Ideologie, MEW 3, S. 33.

13 Ebd., S. 68.